Friedrich Stamp
Der Lägerdorfer Zementarbeiterstreik von 1909

Diese Fallstudie über den „Generalstreik" der Lägerdorfer Zementarbeiter vor über 80 Jahren will zum Verständnis von Arbeiterstreiks im späten Kaiserreich beitragen. Dabei soll der Leser nicht nur mit den vordergründigen Höhepunkten von Arbeiteraussperrungen oder Streiks, den in Chroniken oft vergröbernd dargestellten Tumulten und Gewaltakten bekanntgemacht werden. Wichtig erscheint vielmehr, Arbeitskonflikte vor dem Hintergrund der sozialen Zusammensetzung der Belegschaften, der verschiedenen Formen von Arbeiterbewußtsein und der Gemengelage der Interessen der Arbeiter, der Angestellten und der Unternehmer im Betrieb verstehbar zu machen[1].

Besonders die Auswertung von zahlreichen zeitgenössischen Presseartikeln und von Verwaltungsakten ermöglichte eine, wenn auch unvollständige, Rekonstruktion dieser Episode in der langen Geschichte der Arbeiterbewegung dieses holsteinischen Industrieorts. Diese Quellen geben uns Auskunft über die Haltung der unmittelbar am Streik beteiligten Parteien: des Staats, der Unternehmer und nicht zuletzt der Arbeiter.

In Polizeiprotokollen zur Chronologie des Streiks ist die Parteilichkeit des wilhelminischen Obrigkeitsstaats im Arbeitskonflikt dokumentiert. Die Interessen und Strategien der Arbeitgeber und ihres Verbands werden unter anderem in Pressemitteilungen deutlich, in der sie ihren Standpunkt zu rechtfertigen versuchten. Die Positionen der betroffenen Arbeiter und ihrer Gewerkschaft wurden insbesondere in verschiedenen Arbeiterzeitungen und Flugblättern publik gemacht.

Lägerdorf bei Itzehoe entwickelte sich in einer kurzen Zeitspanne von einem Bauerndorf zu einer Industriegemeinde. Seit 1863 wird hier Kreide im Tagebau gefördert und in Fabriken zu Portlandzement weiterverarbeitet. Fast alle landwirtschaftlich genutzten Flächen wurden von den hier ansiedelnden Zementindustriellen bis zu den 1890ern Jahren aufgekauft. Mit der Wandlung der Gewerbestruktur des Dorfs änderte sich gleichzeitig seine Einwohnerschaft. Arbeitsuchende aus dem ganzen Deutschen Reich, die sich aus unterschiedlichen Teilen der Unterschichten rekrutierten, zogen nach Lägerdorf und verließen den Ort beim Verlust ihrer sehr unsicheren Arbeitsplätze in den Zementwerken auch notgedrungen wieder.

In den Jahren vor dem Ersten Weltkrieg lebten durchschnittlich 4000 Einwohner in der Gemeinde.

Seit der Gründung des Ortsvereins der SPD im Jahre 1886[2] und der Einrichtung einer Zahlstelle des Fabrikarbeiterverbands, eines Vorgängers der Industriegewerkschaft Chemie-Papier-Keramik, im Jahre 1893[3] prägte die sozialdemokratisch orientierte Arbeiterbewegung schon vor 1914 die politische Kultur Lägerdorfs entscheidend.

Nach 1890, dem Jahr des Falls des Sozialistengesetzes, fanden zunehmend Streiks in den drei Lägerdorfer Zementfabriken statt. Meist waren es nur kleine Teile der Belegschaften, die die Arbeit spontan niederlegten, um eine Verbesserung der Arbeitsbedingungen oder einen höheren Lohn zu erzwingen. Ein wichtiger Grund für den mangelnden Rückhalt dieser Protest-

Schleswig-Holstein heute

[1] Zum Stand der Streikforschung vgl. besonders: Tenfelde, Klaus und Volkmann, Heinrich (Hrsg.), Streik. Zur Geschichte des Arbeitskampfs in Deutschland während der Industrialisierung, München 1981.

[2] Vgl. Kunkelmoor, Arnold, Rotes Herz im Grauen Dorf. 100 Jahre Sozialdemokratie in Lägerdorf, Lägerdorf 1985, S. 11.

[3] *Itzehoer Nachrichten* (IN) vom 14. 11. 1893.

Förderung von Kreide in Lägerdorf 1904: Die Schlammgruben. Kreide braucht man in der Zementherstellung als Grundstoff. Die Kreide wird gegraben, geschlemmt, d.h.: in Wasser homogenisiert (in die gleiche Struktur gebracht), und dann ausgestochen. Anschließend wird sie auf Trockengestellen in der Luft getrocknet. Danach wird die Kreide zusammen mit Ton gebrannt und der Brand gemahlen. Das Endprodukt heißt Zement.

Holsteinische Portland-Cement-Fabrik 1903: Portland-Cement heißt der Zement, weil er erstmals in Cent (Portland) hergestellt wurde. Einer der ersten Zementhersteller, ein Engländer namens Fewer, kam dann auch nach Lägerdorf und betrieb hier ein Werk.

aktionen unter den Kollegen erscheint einleuchtend: Die Zementfabrikanten hatten eine Monopolstellung als Arbeitgeber auf dem lokalen Arbeitsmarkt inne und zudem einen „Direktorenring" gebildet, dessen Zweck es war, einmal von einer Fabrik entlassenen Arbeitern als vermeintlich renitent oder untüchtig auch in den anderen Betrieben keine Arbeit zu geben[4]. Auf diese Weise wurde eine gewerkschaftliche Aufklärungsarbeit in den Betrieben entscheidend gestört.

Erst um die Jahrhundertwende gelang es, umfassende Streikbewegungen in der gesamten Lägerdorfer Zementindustrie zu entwickeln. In der Hochkonjunktur des Jahres 1899 wurde erstmals eine tarifliche Absicherung von Löhnen den Arbeitgebern abgerungen[5]. Dieser Erfolg zählte in dieser Branche, in der Marktmechanismen durch eine hohe Unternehmenskonzentration und Kartellierung ausgeschaltet wurden, allerdings zu den Ausnahmen[6]. Die Streikwelle von 1900 verlief unter den Bedingungen einer abflauenden Konjunktur und einem entsprechenden Nachfragerückgang nach industriellen Arbeitskräften für die Arbeiter wieder erfolglos[7].

Bis zum Jahr 1909 sollte sich die Lebenslage des größten Teils der Lägerdorfer Arbeiterschaft kaum bessern. Die Folgen der Krise der ganzen deutschen Zementindustrie wurden von den Unternehmern auf die Beschäftigten abgewälzt. Erfolgreiche Werke wie die holsteinischen Fabriken versuchten, in einem Verdrängungswettbewerb durch Dumpingpreise finanzschwächere Konkurrenten zu ruinieren und muteten dafür den Arbeitern Lohneinbußen zu.

Außerdem setzten die Alsen'schen Portland-Cement-Fabriken und die Breitenburger Portland-Cement-Fabrik (BPCF), die bis zum Jahr 1905 die übrigen Zementwerke in Lägerdorf aufgekauft hatten, ihre Belegschaften fortwährend unter einen hohen Rationalisierungsdruck.

Die produktivere, Lohnstückkosten senkende Maschinerie verschaffte den Zementarbeitern jedoch oft keine Erleichterung ihrer Arbeit. Immer wieder prangerte die Arbeiterpresse die skandalösen Zustände in diesen Fabriken an[8]. Die Außenarbeiter in der Kreidegrube mußten bei jedem Wetter ihre harte Arbeit verrichten. Die Luft in den Fabrikräumen war auch nach der Installation von Staubfiltern noch weiter staubverseucht, und gerade im Werk Breitenburg häuften sich die Unfälle an Transmissionen und anderen Maschinen. Die ungleiche Verteilung der Arbeitszeit, der häufige Wechsel von unbezahlten „Feierschichten" und Mehrarbeit, auch 24-Stundenschichten, mußte von den Betroffenen als ein entwürdigender Willkürakt des Unternehmers angesehen werden.

Ihr Zorn richtete sich dabei gewöhnlich gegen die die Fabrikordnung durchsetzenden Meister, die besonders in der Breitenburger Fabrik den Arbeiterprotest mit Gummiknüppeln zu ersticken suchten.

[4] *Der Proletarier* vom 22. 6. 1895

[5] Landesarchiv Schleswig (LAS) Abt. 320 Kreis Steinburg Nr. 2414, Zeitungsausschnitt aus der *Schleswig-Holsteinischen Volkszeitung* (SHVZ) Nr. 66, Jg. 1899.

[6] Zur Verbreitung der Tarifverträge und zum „Kräfteverhältnis von Lohnarbeit und Kapital" in den einzelnen Gewerbezweigen, vgl. Costas, Ilse, Auswirkungen der Konzentration des Kapitals auf die Arbeiterklasse in Deutschland (1880-1914), Frankfurt/Main, New York 1981, S. 224 ff.

[7] LAS Abt. 320 Kreis Steinburg Nr. 1053, Streik-Nachweisung für das Jahr 1900.

[8] Dies gilt insbesonders für die SHVZ, Jg. 1903 ff.

Der Ausbruch des Streiks

Streitgegenstände zwischen den Konfliktparteien im Betrieb und damit auch Gründe für eine gemeinsam geplante Gegenwehr der Beschäftigten gegen die Übergriffe der Unternehmer

Kreidegrube Saturn 1912/1913: Die Kreide steht in Lägerdorf fast zu Tage. Es muß nur eine dünne Erdschicht (hier Torf) abgetragen werden.

Böttcher in der Lägerdorfer Zementindustrie. Sie stellten die Fässer für den Zementtransport her.

Kreidehauer in Lägerdorf

[9] Der Proletarier vom 1. 5. 1909.
[10] LAS Abt. 309 Regierung zu Schleswig Nr. 10734.

ließen sich einige aufzählen. Der „Generalstreik" der Arbeiter der BPCF und ihrer Kollegen der im gleichen Besitz befindlichen benachbarten Holsteinischen Portland-Cement-Fabrik war allerdings alles andere als eine kalkulierte Unternehmung. Ähnlich wie es aus der Zeit der Frühindustrialisierung bekannt ist, legte in diesem Streik des späten Kaiserreichs eine Gruppe von Arbeitern ganz spontan ihre Arbeit nieder.

Es handelte sich dabei um Arbeiter, die die Rohmaterialien des Zements, Kreide und Ton, naß vermischen mußten und Kollegen, die diese feuchte Rohzementmischung zu verziegeln hatten. Das Zentralorgan des Fabrikarbeiterverbands berichtet: *„Als am Sonnabend nach Ostern der Meister wieder sagte: ‚Morgen müßt ihr 24 machen'* [vierundzwanzig Stunden arbeiten, F. S.] *forderten die Schlemmlader pro Wagen 11 1/2 statt 10 Pf. Der Meister sagte: ‚Zulage gibt es nicht, wem es nicht paßt, kann gehen'. Und sie gingen, nachdem sie zum Teil ausgesperrt waren."*[9]

Nachdem die Ausständigen oder Ausgesperrten auch ihre Ablöseschicht erfolgreich zur Arbeitsverweigerung bewegt hatten, befanden sich am Abend des 17. Aprils ca. 150 Männer im Ausstand.[10] Dieser basisdemokratische Prozeß wurde, unterschiedlich akzentuiert, von Johann Hinsche, dem Gründer des sozialdemokratischen Ortsvereins Lägerdorf und zugleich die markanteste Persönlichkeit der Arbeiterbewegung dieses Orts vor dem Ersten Weltkrieg, und ebenso im „Proletarier" geschildert.

Lägerdorfer Zementbrenner stellen sich hier für eine Gruppenaufnahme mit Hut auf, den sie zum Schutz vor stärkerer Verschmutzung in der Fabrik immer brauchten.

Hinsche verwahrte sich auf einer Arbeiterversammlung in Itzehoe gegen die Behauptung der „Itzehoer Nachrichten", *„dass der Streik von den Führern der Arbeiterschaft insceniert sei... Die Führer der Arbeiterschaft hätten erst, nachdem die Arbeiter in den Ausstand getreten, ihre Unterstützung ihnen angedeihen lassen"*[11], so der die Veranstaltung überwachende Polizeikommissar. Die später erkennbare skeptische Haltung der Verbandsleitung zum Streik scheint diese Darstellung des Streikbeginns zu belegen.

Das Gewerkschaftsblatt berichtet von der am nächsten Tag abgehaltenen, von 100 Pressenarbeitern und Schlemmladern besuchten Versammlung und fährt fort: *„Es wurden drei Arbeiter und ein Vertreter des Verbandes zum Direktor Seumenicht gesandt, um ihn zu befragen, ob er den Schlemmladern 11 1/2 Pf., den Pressenarbeitern 45 Pf. pro Wagen bewilligen wolle. Er erklärte nur mit ‚seinen' Arbeitern verhandeln zu wollen und schloß unserm Beamten den Schalter vor der Nase ab."*[12]

Auf einer Versammlung am 19. April des Jahres wurde der Arbeitskampf von einer relativ kleinen Gruppe von Arbeitern maßgeblich beschlossen: *„Es wurden 79 Stimmzettel abgegeben, für den Streik stimmten alle 79."*

Für die Arbeitgeber *„überraschend"*[13] weitete der Arbeitskampf sich sehr bald auf alle Teile der beiden Fabriken aus. Nachdem auch die Packer sich mit den Ausständigen solidarisiert hatten, *„fielen bis auf ca. 80 treu gebliebene Leute alle anderen beschäftigten Personen der beiden...Fabriken ab"*, wie die Itzehoer Gewerbeinspektion dem Schleswiger Regierungspräsidenten mitteilte. In der amtlichen Streiknachweisung wird die Höchstzahl der gleichzeitig streikenden Personen, die wenige Tage nach Streikbeginn erreicht gewesen sein wird, mit 759, darunter 120 unter 21 Jahren, beziffert. Sie alle verlangten von der Direktion eine Anhebung ihrer in der Höhe sehr unterschiedlichen Löhne um 15%[14].

Der Streikgegenstand

Sowohl die Fabrikleitung als auch das Streikkomitee bemühten während des ganzen Streiks die Öffentlichkeit, um die Berechtigung der Lohnforderung zu bestreiten bzw. zu beweisen. Auf einer außerordentlichen Versammlung des Bürgervereins *„wurde lebhafte Klage geführt über die schwere Schädigung, die unser Ort nach der drei Monate dauernden Arbeitslosigkeit dieses Winters erfährt."*[15] Es wird nicht zu leugnen sein, daß die Mitglieder des Bürgervereins, vor allem Einzelhändler und selbständige Handwerker, sich Sorgen um die Situation in der Kommune machten. Vorstellbar ist aber ebenso, daß aus ökonomischen Interessen heraus Teilen des Lägerdorfer Mittelstands eine rasche Beendigung des Ausstands oder sogar ein Streikerfolg der Arbeiter wünschenswert erscheinen konnte. Die Streikenden teilten in einem Flugblatt nicht unglaubhaft mit, daß *„die Geschäftsleute nicht wissen, wie sie von den schlechtbezahlten Arbeitern noch die Schulden eintreiben sollen."*[16] Der Bürgerverein appellierte an die Streikenden wie auch an die Fabrikgeschäftsführung, das Gewerbegericht als Einigungsamt anzurufen, was die Direktion daraufhin jedoch strikt ablehnte.

[11] LAS Abt. 320 Kreis Steinburg Nr. 216.
[12] *Der Proletarier* vom 1. 5. 1909. Diesen für viele Unternehmer vor 1914 typischen Herr-im-Haus-Standpunkt hatte die Breitenburger Geschäftsleitung bereits im Streik von 1900 deutlich gemacht, als sie es ablehnte, mit denen eine Beilegung des Konflikts anstrebenden Verbandsvorsitzenden der Fabrikarbeiter bzw. der Böttcher zu verhandeln. Hierzu siehe *Der Proletarier* vom 21. 4. 1900.
[13] Deutsche Arbeitgeberzeitung (DAGZ) vom 25. 4. 1909.
[14] LAS Abt. 309 Regierung zu Schleswig Nr. 10734.
[15] *Nordischer Kurier* (NK) vom 30. 4. 1909.
[16] Gemeinsames Archiv des Kreises Steinburg und der Stadt Itzehoe, Kreisarchiv Nr. 1031, Flugblatt „Hoch der Generalstreik in Lägerdorf".

Mit einer Kommission des Bürgervereins, der unter anderem der Gemeindevorsteher Schilling angehörte, fand sich der Direktor Seumenicht nicht allerdings zu mehreren Verhandlungen bereit.

Offenbar ging es den Streikenden darum, mit der geforderten Lohnerhöhung eine Senkung ihrer Löhne, die der Arbeitgeber vorgenommen hatte, wieder auszugleichen. Eine Zeitung aus der Region informiert: *„Die Fabrik will jedoch die zur Zeit der Hochkonjunktur gezahlten Löhne jetzt, da das Faß Zement 1, 50 Mk. weniger kostet, nicht bewilligen."*[17] Wirtschaftliche Daten als Kriterium der Einschätzung der Erfolgsaussichten im Arbeitskampf waren für den Entschluß zur Arbeitsniederlegung scheinbar nicht von entscheidender Bedeutung gewesen.

Der Breitenburger Direktor Seumenicht verlegte sich in Gesprächen mit der Deputation des Bürgervereins darauf, die Lohnkürzungen der Vormonate zu leugnen. Er gab an, den Arbeitern im Winter einen Tagelohnsatz von 3 Mark zugestanden und nur beschäftigt zu haben, *„um sie nicht feiern zu lassen."*[18] Der Mindestakkordlohn wurde von ihm mit 3.35 Mk., der Höchstakkordlohn mit 3.94 Mk. beziffert.

Den Gewerbeinspektor Steinhäuser aus Itzehoe konnte die Direktion durch die Vorlage der Lohnnachweisung für die Steinbruchs-Berufsgenossenschaft angeblich von der Richtigkeit ihrer Angaben überzeugen. Für die Bürgerkommission hatte die Firmenleitung eine Liste von 28 Arbeitern zusammengestellt, die die Angaben über die Durchschnittshöhe der Löhne untermauern sollte.

Nach der Überprüfung dieser Lohnliste teilte die Streikleitung den Itzehoer Nachrichten mit, *„daß drei Vorarbeiter in der Liste enthalten sind. Nach dem Schreiben des Herrn Seumenicht* [an dieselbe Zeitung, F. S.] *würde sich deren Schichtlohn von ca. 3.80 M, abzüglich 10-12 pZt. Vorarbeitergeld, um 38-45 Pfg. erniedrigen. Ferner ist festgestellt, daß eine Anzahl Schmiergeld und Schmutzgeld erhalten haben. Schmiergeld beträgt 30 Pfg., Schmutzgeld 20 Pfg. pro Tag. Um diese Summe würde sich der Tagelohn in Wirklichkeit niedriger stellen."*[19]

Die gemeinsame Lohnkommission von Arbeitern und Bürgern betrachtete den Lohnnachweis des Unternehmens zudem dadurch als manipuliert, daß erst das Entgelt aus Überstundenarbeit zusammen mit dem Schichtlohn von weniger als 3 Mark einen Lohn in der Höhe darstellte, den der Direktor als den reinen Schichtlohn ausgegeben hatte.

Die Quellenlage erlaubt uns leider kein endgültiges Urteil über den Wahrheitsgehalt der gegensätzlichen Behauptungen über die Lohnverhältnisse in den beiden bestreikten Werken.

Ebenso offen muß die Frage nach der Wirksamkeit der Pressemitteilungen beider Kontrahenten auf die öffentliche Meinung bleiben. Die Streikenden waren auf die Solidarität Dritter angewiesen und sahen daher in der Presseberichterstattung und den in den „Itzehoer Nachrichten" abgedruckten Stellungnahmen ihres Gegners Versuche, *„uns die Sympathie der Bevölkerung zu nehmen."*[20] In der Tat ergriff diese Zeitung einseitig Partei für die bestreikten Unternehmen. In seiner Entrüstung forderte der Agitator Rieck auf einer Versammlung in Itzehoe sogar die *„Abschaffung der bürgerlichen Blätter"*[21].

[17] *Störbote* vom 6. 5. 1909.
[18] IN vom 6. 5. 1909.
[19] IN vom 7. 5. 1909.
[20] Kreisarchiv Nr. 1031.
[21] LAS Abt. 320 Kreis Steinburg Nr. 216.

Arbeiter- und Arbeitgeberstrategien: Arbeitersolidarität gegen Streikbrecher

Wie viele Streiks in den Jahren vor 1914 wurde aber auch der Lägerdorfer „Generalstreik" nicht am Verhandlungstisch im Gespräch über die Berechtigung der Ansprüche der Belegschaft entschieden, sondern in der Fabrik und vor den Werkstoren[22]. Einerseits mußte es den Arbeitern darum gehen, die Streikfront zu stabilisieren, und andererseits hatten sie die Bemühungen der Unternehmer, mit in ganz Deutschland angeworbenen Arbeitskräften die fast zum Stillstand gekommene Produktion wieder fortzuführen, zu konterkarieren.

So wurde den Streikenden, mehrheitlich unorganisiert, eine Streikunterstützung seitens des Fabrikarbeiterverbands zugesichert, wenn sie sich im Verband organisierten. Dieses Angebot, das streng genommen mit dem „Streikreglement" der Gewerkschaft, das für die Berechtigung zu Unterstützungsleistungen eine 6-monatige Mitgliedschaft verlangte, nicht vereinbar war, wurde von den Ausständigen tatsächlich angenommen. Der Verband zahlte den Ledigen täglich eine Mark Streikgeld, Familienvätern wurde 50 Pfennig pro Kind zusätzlich ausgezahlt[23]. Doch als die Fronten sich nach zweiwöchigem Kampf verhärtet hatten, beschloß eine Arbeiterversammlung, daß *„alle ledigen Kollegen abzureisen haben, widrigenfalls ihnen die Streikunterstützung entzogen wird."*[24] 200 der zum Teil neu gewonnenen Mitglieder folgten der Aufforderung ihres Verbands und suchten beim Bahnbau der Strecke Husum-Rendsburg nach Beschäftigung[25]. Ein Teil von ihnen wird wahrscheinlich bald wieder aus der Gewerkschaft ausgetreten sein.[26]

Das Uetersener Werk der Firma Alsen und die Zementfabrik Saturn in Brunsbüttelkoog verfügten, wie das „Hamburger Echo" am 27. 4. und 16. 5. 1909 berichtet, über schwarze Listen und gaben aus Lägerdorf angereisten Arbeitern die Auskunft: *„Wenn Sie den Nachweis erbringen, daß Sie mit dem Streik nichts zu tun haben, können Sie Arbeit erhalten."*

Die Streikbrecher wurden in größeren Gruppen aus den Ostprovinzen wie Schlesien, Ostpreußen und Pommern, in denen die Arbeiter wegen des niedrigen Lohnniveaus zum Teil Hunger leiden mußten, per Bahn herangeschafft. Aber auch *„Arbeitswillige aus Essen...sind noch in größerer Zahl zu haben, weil dort große Arbeitslosigkeit herrscht"*, meldet der „Nordische Kurier" vom 30. 4. 1909.

Viele von ihnen waren von Streikbrecheragenten angeworben worden. In einem von der Agentur Walter Müller aus Hamburg den Arbeitsuchenden vorgelegten Arbeitsvertrag stand unter anderem folgendes geschrieben: *„§ 2. Ich verpflichte mich, bei obigen Firmen für die Dauer des Streiks bzw. Aussperrung zu arbeiten. §3. Ich erkläre, daß ich während meiner Tätigkeit bei obigen Fabriken weder einem Verbande, noch einer sozialdemokratischen Organisation angehören werde."*[27]

Der § 2 wurde wegen der ungleichen Kündigungsfristen von der Gewerkschaft, die diesen Arbeitsvertrag öffentlich machte, für ungültig erachtet. Der im § 3 bestehende Verstoß gegen das Koalitionsrecht mußte nach der Meinung des „Proletariers" juristisch als Sittenwidrigkeit geahndet werden[28].

[22] „Zwischen 1890 und 1913 nahm die Zahl der Arbeitskämpfe [in Deutschland, d. V.] ständig zu, vor allem seit 1905. Dabei überrundeten im letzten Jahrzehnt des Kaiserreichs die Aussperrungen die Streiks." Grebing, Helga, Arbeiterbewegung, sozialer Protest und kollektive Interessenvertretung bis 1914, München 1985, S. 124.

[23] LAS Abt. 320 Kreis Steinburg Nr. 1053.

[24] *Der Proletarier* vom 8. 5. 1909.

[25] *Kremper-Marsch-Bote* vom 6. 5. 1909.

[26] Zur Fluktuation in der Mitgliedschaft der SPD und der Arbeiterorganisationen vor dem Ersten Weltkrieg, vgl. Paetau, Rainer, Zwischen Revolution und Reform. Zur sozialdemokratischen Arbeiterbewegung in Schleswig-Hostein während der Kaiserzeit und Weimarer Republik, in: Die Heimat , Jg. 1988, S. 204.

[27] *Der Proletarier* vom 22. 5. 1909.

[28] Viele Gerichte sahen in einem derartigen Zwang zur Gewerkschaftsabstinenz keinen Straftatbestand. Hierzu vgl. besonders Saul, Klaus, Staat, Industrie und Arbeiterbewegung im Kaiserreich. Zur Innen- und Sozialpolitik des Wilhelminischen Deutschlands 1903 - 1914, Düsseldorf 1974, S. 67.

Unterschrift unter diesem Foto: Zur Erinnerung an den Generalstreik der Arbeiter der Breitenburger und Holsteinischen Portland-Cement-Fabriken. Lägerdorf, den 1. Mai 1909.

Ein weiteres Erinnerungsfoto vom 1. Mai 1909 — diesmal mit Musik. In der Mitte mit Zeitung sitzend: J. Hinsche.

Ledige Zementbrenner sollten für ihre Streikbrecherdienste mit 3.60 Mark abzüglich Kost und Logis entlohnt werden, verheirateten Männern gestand die Agentur den gleichen Schichtlohn nebst freier Familienwohnung ohne Kost und Logis zu. Vielleicht erklärt sich das relativ bessere Angebot für die Familienväter aus der etwaigen Annahme der Streikbrecheragentur und der Fabriken, daß diese Männer ihnen noch gefügiger sein könnten.

Wieviel Leistung der Arbeiter für diesen Lohn zu erbringen hatte und wie lang sein Arbeitstag andauern sollte, entschied allein die Firma: *„Die Arbeitszeit richtet sich nach den Bedürfnissen der genannten Fabriken."*

Für die Vermittlung dieser harten und schlecht bezahlten Arbeit wurden den Streikbrechern bei der ersten Lohnzahlung 10 Mark abgezogen. Hatten die Männer aber erst einmal diesen Kontrakt unterzeichnet, so zwang sie eine angedrohte Konventionalstrafe von 20 Mk. im Falle vorzeitiger Kündigung, ihren Dienst bis zum Ende des Streiks zu verrichten.

Ob Hinsches Ansicht über den gesamten Vertrag (*„Es ist ein Wisch, der gesetzlich ungültig ist."*)[29] einer Überprüfung durch die Richter im Kaiserreich standgehalten hätte, erscheint zumindest als unsicher.

Manche Ausständige mögen gehofft haben, daß die Fabriken ihre Versprechen brechen könnten und den Streikbrechern geringere Löhne zahlen würden. Ihr Wortführer Hinsche schreibt, daß man diesen 5 Mark pro Arbeitstag zugesagt hatte und fährt fort: *„Aber warten wir nur die künftigen Zahlungen ab (wir haben ja Zeit) und wir werden Dinge erleben, wie sie Lägerdorf noch nicht gesehen hat. Entweder man zahlt und ruiniert die Fabriken, oder man zahlt nicht, was versprochen ist und schafft Revolten."*[30]

Hinsche, der, wie man hier erahnen kann, sich wirtschaftlichen Interessen der Fabriken nicht gänzlich verschloß und sich deshalb mit seines Erachtens maßvollen Lohnanhebungen begnügen wollte, konnte sich in seinem Verdacht, die Streikbrecher könnten um ihren Lohn betrogen werden, bald darauf bestätigt fühlen.

In Schlesien vom Prokuristen der Fabrik angeworbenen Streikbrechern wurden nach der ersten Lohnperiode und 10-tägiger Arbeit, anders als zuvor vereinbart, die Kosten für die Verpflegung und die Unterbringung in den Logishäusern in Rechnung gestellt und vom Lohn abgezogen. Den Arbeitern wurden lediglich 8 Mark, nicht viel mehr als zwei Tagelöhne für eine anderthalb-wöchige Beschäftigung ausgezahlt. Die Gewerkschaft stand auch diesen im Arbeitskonflikt unsolidarischen Arbeitern mit ihrem Rat zur Seite und empfahl ihnen, die unrechtmäßig erfolgten Lohnabzüge beim Gewerbegericht einzuklagen.

Nur einmal, so wird berichtet, zogen Streikbrecher mit Knüppeln bewaffnet vor das Direktionsgebäude, weil die Werksleitung die Lohnzahlung am Sonnabend verweigerte, um die Männer daran zu hindern, das Geld in den Kümmelbuden auszugeben, so daß sie in diesem, unerwünschten, Fall nach

[29] Kreisarchiv Nr. 1031.
[30] *Der Proletarier* vom 15. 5. 1909.

Die Streikleitung des Lägerdorfer Generalstreiks. Rechts am Tisch sitzend: J. Hinsche

ihrem Rausch am Sonntag nicht arbeiten könnten. Die Direktion nahm angesichts der Unmutsäußerung der fremden Arbeiter die Lohnzahlung schließlich vor[31].

Die gewerkschaftlichen Mittel, durch materielle Anreize das Verhalten der zugereisten Arbeiter zu beeinflussen, erwiesen sich jedoch als schnell erschöpft. Eine Itzehoer Zeitung meldet: *„Den fremden Arbeitern, die zum Teil gar keine Arbeiter sein sollen, will man jedoch aus den der Streikleitung zur Verfügung stehenden Mitteln beim Niederlegen der Arbeit keine Reisevergütung mehr zahlen, weil man meint, daß diese Leute ganz von selbst die Arbeit aufgeben werden.“*[32]

Durch die Überzeugung von der Richtigkeit der Streikziele, aber auch durch Einschüchterungsversuche wollten die Lägerdorfer Arbeiter die Fremden zur Umkehr veranlassen. Auf den umliegenden Bahnhöfen machten Streikposten die unter Bewachung von Kontrolleuren der Streikbrecheragenturen stehenden Arbeitsleute auf den Streik aufmerksam. *„Streikbrecher!“* wurde etwa 50 „Arbeitswilligen“ auf der Kremper Bahnstation zugerufen, bevor sie in Begleitung von vier Gendarmen in Breaks nach Lägerdorf transportiert wurden[33].

Am Abend des 27. Aprils wurde die Streikleitung telefonisch über einen großen Streikbrechertransport, der sich bereits im Anmarsch befand, unterrichtet[34]. Tatsächlich trafen 230 Arbeiter aus Essen nachts um 1 Uhr am Bahnhof Dauenhof, wenige Kilometer vom Streikort entfernt, ein. An der Station postierte Streikende fuhren mit ihren Fahrrädern, nachdem sie die Ankommenden vergebens zur Solidarität aufgefordert hatten, nach Lägerdorf, um die Arbeiterbevölkerung aus dem Schlaf zu wecken.

[31] Dittmann, Karl, Erinnerungen an die Breitenburger-Portland-Cement-Fabrik, Lägerdorf 1955, S. 20.

[32] NK vom 1. 5. 1909. Zur sozialen Herkunft der „Arbeitswilligen“ schreibt das Hamburger Echo vom 30. 4. 1909: „Es sind fast durchweg Kaufleute, Schneider, Schuhmacher usw., wie sie eben in Hamburg, Breslau, Essen, Oppeln usw. von Agenten täglich auf den Herbergen zusammengesucht werden.“

[33] *Glückstädter Fortuna* (GF) vom 28. 4. 1909. Um die zum Teil ahnungslosen Arbeiter aus den östlichen Provinzen über den Streik zu informieren, wurden „polnisch-litauisch usw, sprechende Posten bereitgestellt.“ (*Hamburger Echo* vom 25. 4. 1909)

[34] Die folgenden Angaben nach Dittmann, S. 18 ff.

Offenbar ließen sich in den Werkssiedlungen des Dorfs schnell mehrere Hundert Arbeiter nebst Familienangehörigen für einen Marsch in Richtung der Ortschaft Rethwisch, aus der die Wagenkolonne erwartet wurde, mobilisieren. Ein kleiner Angestellter der Breitenburger Fabrik, der wie die meisten Angestellten im Arbeitskampf sich seinem Arbeitgeber gegenüber loyal verhielt und als Wache an der Straße postiert worden war, schildert, wie die Wagen von der anwesenden Dorfbevölkerung mit viel Lärm empfangen wurden, aber daß ihre Weiterfahrt nicht zu verhindern war:

„Die Absicht der Streikenden, den Transport anzuhalten und die Insassen zu bewegen, wieder umzukehren, wurde durch die den Transport begleitende berittene Polizei vereitelt. Mit dem Säbel in der Faust ging sie gegen die Menge vor und trieb sie von der Straße zurück. Pardon wurde nicht gegeben. Wer nicht weichen wollte, wurde niedergeritten. Wer dabei in die Wassergräben geriet, mußte sehen, wie er wieder herauskam."

Am nächsten Tag erreichte ein weiterer Streikbrechertransport von 5-6 Wagen den Ort. Auch in diesem Fall wurde der Protest der Arbeiterschaft, insbesondere die Angriffe gegen die sogenannte Schutzmannschaft (die Kontrolleure der fremden Arbeiter), durch die Polizei und die uniformierten Wächter gewaltsam unterdrückt:

„Einige Personen erhielten Hiebe und Stöße; manche verletzten sich an Stacheldrähten. Die Vorgärten und Hofräume mußten, da gütiges Zureden nichts half, durch berittene Gendarmen geräumt werden.", beschreibt die „Glückstädter Fortuna" diese Gewaltakte als Notwehr gegen die *„nicht unerheblichen Ausschreitungen auf Seiten der Arbeiterschaft."*[35]

Die Breitenburger Fabrik erbat sich mit der gleichen Begründung auf telegraphischem Wege *„dringend Verstärkung polizeilichen Schutzes"* vom Regierungspräsidenten und erhielt diese auch umgehend[36].

110 aus Hannover kommende Streikbrecher wurden bereits am Altonaer Bahnhof vor ihrer Weiterfahrt zu ihrem Bestimmungsort von einer größeren Anzahl von Polizeibeamten vor den dort wartenden Streikenden abgeschirmt[37].

Insgesamt wurden ungefähr 900 fremde Arbeiter im Verlauf des Arbeitskampfs als Streikbrecher angestellt[38]. Sie übernachteten in den Arbeiterkasernen der bestreikten Firmen, in den Fabriken selbst und in einigen Logishäusern sowie in Privatquartieren. Diesen Arbeitern muteten die Unternehmer und Logiswirte zum Teil noch schlechtere Unterkünfte zu als den in den Streik getretenen Arbeitern. Die Logiswirte versuchten Kapital aus dem akuten Wohnraummangel zu schlagen.

Der Maurer Padrock z. B. wurde auf eine Anzeige hin beim Amtsvorsteher vorgeladen und mußte dort zugeben, daß er gegen eine Polizeiverordnung verstoßen hatte, indem er auf dem Boden seines Schweinestalls *„14-15 fremde Arbeiter"* gegen Zahlung eines Logisgelds übernachten gelassen hatte. Das Gericht trug ihm auf, *„binnen 3 Tagen diesen unerlaubten Zustand zu beseitigen bei Verwirkung einer exemplarischen Strafe."*[39]

Abbildung folgende Seiten:
Flugblatt der Lägerdorfer Arbeiter anläßlich des Generalstreiks 1909. Sie begründen hier noch einmal ihre Forderungen und wenden sich im besonderen an die Streikbrecher, die sie von ihrer Arbeitswilligkeit abbringen wollen.

[35] GF vom 30. 4. 1909.
[36] LAS Abt. 320 Kreis Steinburg Nr. 1053.
[37] IN vom 18. 5. 1909.
[38] *Kieler Zeitung* von 5. 5. 1909.
[39] Kreisarchiv Nr. 1031.

Hoch der Generalstreik in Lägerdorf!

Die Streikenden haben das Bedürfnis, einer Anstandspflicht zu genügen, indem sie hiermit **dem Herrn Gemeindevorsteher und der Bürgerschaft** für ihr wohlgemeintes Streben zur Vermittelung und für die uns täglich in so reichem Maße bewiesene Sympathie und Unterstützung **öffentlich ihren herzlichsten Dank abstatten,** mit der Bitte, uns diese Sympathie auch ferner zu erhalten.

Durch die Unnachgiebigkeit der Fabrikdirektion gezwungen, haben die Streikenden am **1. Mai einstimmig** beschlossen, den Streik unter allen Umständen weiterzuführen, womit sich am 2. Mai eine von 800 Einwohnern besuchte Volks-Versammlung einstimmig einverstanden erklärt hat. **Die Streikenden sind gesonnen, diesen Kampf für Lohn und Brot, für Weib und Kind, für bessere Behandlung durchzuführen. Mag er dauern, solange er will.** Das Geschwätz, wir hätten kein Geld, ist nichts wie Unsinn. Nachdem der Delegierte des Hauptvorstandes die Sache hier gründlich untersucht und uns selbst aufgefordert hat, den Streik fortzusetzen, ist **die Unterstützung vollkommen gesichert.** Auch für die **Metallarbeiter** und andere Branchen wird eine geregelte Auszahlung stattfinden.

Die Sprengungsversuche kann man sich sparen. **Die Streikenden sind keine Kinder mehr.**

Man hat vergeblich versucht, **uns die Sympathie der Bevölkerung zu nehmen.** Der Bürgerschaft wurde ein Auszug über die Lohnverhältnisse von 28 Arbeitern unterbreitet, welche einen Schichtlohn von 3,40 bis 4,05 Mk. erzielt hätten. Man sagte: **„So haben unsere Arbeiter verdient,** und so sollen sie auch in diesem Jahre verdienen." Auf dieser Liste aber waren nur Leute verzeichnet, die als **Vorarbeiter** mehr wie andere verdienten oder durch stundenlange **Ueberschichten** mehr Lohn erzielten, so daß die, die mit 4,05 Mk. verzeichnet sind, bei zehnstündigem Arbeitstag **kaum 2,90 bis 3,00 Mk.** hatten. So war es mit allen und jeder ist jetzt überzeugt, daß der Lohnnachweis wertlos, der Kampf ein ganz gerechter ist.

Der Stand des Streiks ist andauernd sehr gut.

Die Fremdenzufuhren der in Herbergen, Obdachlosenasylen usw. von **gewissenlosen Menschenhändlern** zusammengesuchten Leute **imponieren uns gar nicht mehr.** Sie schädigen uns absolut nicht, und wenn die Firma, die die bescheidene Forderung ihrer **alten treugedienten Arbeiter (darunter solche mit 25 Jahren Dienstzeit) einfach zurückwies, Tausende und Abertausende verpulvern will,** so kümmert uns das nur insofern, als die gesamte Einwohnerschaft mit Recht ihrer **Entrüstung** über dies Verhalten Ausdruck gibt.

Während die hiesigen Arbeiter für 2,20 bis 2,90 Mk. schwer fronen mußten, so daß **die Frauen nicht wußten, wie sie die Familie speisen und kleiden sollen, wovon sie Steuern, Wohnungsmiete usw. zahlen sollen,** während die **Geschäftsleute** nicht wissen, wie sie von den schlechtbezahlten Arbeitern noch die Schulden eintreiben sollen, da versprechen die **Menschenhändler** den Leuten, die die schwere Arbeit nicht schaffen und oft nicht ein Viertel oder ein Zehntel dessen leisten können, wie die hiesigen Arbeiter, doppelt soviel, als die Streikenden fordern. Das heißt, man **verspricht** es vorläufig. Aber warten wir nur die künftigen Zahlungen ab (wir haben ja Zeit) und wir werden Dinge erleben, wie sie Lägerdorf noch nicht gesehen hat. Entweder man zahlt und **ruiniert die Fabriken, oder man zahlt nicht, was versprochen ist** und schafft Revolten. **Auf alle Fälle haben die Streikenden einig und tapfer auszuhalten,** mag es dauern, so lange es will. **Ein Schuft ist jeder, der an seinen Kameraden zum Verräter wird! Das ganze Judasgelichter kann uns nicht imponieren!** Auch die Lügen der gegnerischen **Preßmeute** und der **Klatschweiber,** die, um unsere Leute mutlos zu machen, täglich herumflunkern, es hätten schon wieder Streikende die Arbeit aufgenommen, beachten wir nicht! **Wir wissen, was wir wollen! Menschlich mit Weib und Kindern leben oder nicht arbeiten!**

Dieses Brot hat man uns verweigert, deshalb, Kameraden und Genossen, **immer auf zum Generalstreik!**

Und nun, **Ihr Arbeitswilligen!** Ihr seid ja wie Gefangene behandelt. Aber wenn Euch dieses Blättchen zufällig in die Hände gerät, wir werden dafür sorgen, dann fragt Euch, **warum wurden wir mit den Gendarmen und Sklaventreibern in diesen Ort** hinein **transportiert.** Warum empfingen uns so viele Menschen mit dem Ruf **„Streik! Streik!"** Warum werden wir eingesperrt und durch **Agenten, die von dem Handel mit unserem Fleisch sich mästen,** nach der Fabrik und zurück transportiert. **Arbeitswillige,** wir wollen es Euch sagen, **Ihr werdet wie Verbrecher bewacht** und transportiert, **damit Ihr die Wahrheit nicht wissen sollt. Damit Ihr** fleißigen Arbeitsmänner **Eure Brüder,** die jahrelang geduldet und **noch im letzten Winter mit Weib und Kindern gehungert haben, das Brot nehmen sollt. Damit Ihr das ganze Glück der ganzen Gemeinde Lägerdorf schnöde vernichten sollt.**

Wollt Ihr dieses traurige Werk der „Gemeindevertreter" Lange, Seumenicht ausführen?

Zeigt, daß Ihr Männer der Arbeiterehre seid! Nehmt, und wenn man Euch noch soviel bietet, Euren kämpfenden Brüdern nicht das Brot. Reist ab, wie es schon so viele Eurer Kollegen getan haben. Ihr könnt dies jederzeit, denn **Euer Kontrakt** ist kein Kontrakt. **Es ist ein Wisch, der gesetzlich ungültig ist. Also reicht uns die Hand, damit wir Euch achten und lieben lernen.**

Und nun die Frauen. **Unsere herrlichen Arbeiterfrauen!** Von ihnen gilt das Wort, was Gen. Hinsche in den großen Versammlungen sagte: **„Solange es eine Geschichte der internationalen Arbeiterbewegung geben wird, wird das glorreiche Beispiel der heldenmütigen Lägerdorfer Arbeiterfrauen mit goldenen Lettern in den Annalen der Völkergeschichte verzeichnet stehen. Wenn wir längst gestorben sind, wird man die Nachwelt durch das glänzende Beispiel der Lägerdorfer Arbeiterfrauen zu immer neuem Fortschritt auf der Bahn menschlicher Kultur begeistern.“**

Das ist ein Zeugnis, mit dem Ihr Frauen von Hochholz, Schillerstraße, Schinkel, kurz alle Frauen der Streikenden, zufrieden sein könnt. Ihr habt nicht nur begeistert mit uns gekämpft, habt Euren Männern immer frischen Mut und Begeisterung eingeflößt, nein, **Ihr habt Männer, die noch anfangs wankelmütig waren, einfach eingeschlossen oder von der Fabrik geholt und sie davor bewahrt, daß sie zum Verräter an der Menschheit wurden.**

Das wird Euch die Mit- und Nachwelt nie vergessen.

Wie beschämt muß sich eine Frau vorkommen, deren Mann Streikbrecher ist.

Würden wir den Kampf verlieren, was **niemals** eintreten wird, da wir uns einig sind, aber selbst dann würde das Denkmal der Lägerdorfer Arbeiterfrauen für ewige Zeiten gesichert sein. **Nur so weiter, Kampfgenossinnen! Laßt Euch nicht beirren und nicht beschwatzen. Habt Ihr die langen Jahre mit uns Not und Kummer durchgemacht, dann sollt Ihr auch nach herbem Kampf mit uns den schönsten Sieg feiern.**

Nicht den Sieg einer Horde, die rücksichtslos über den besiegten Feind jubelt, sondern den Sieg gereifter, vernünftiger Männer, **die nichts weiter erkämpfen wollen, als für sich und ihre Lieben ein wenig Brot, ein wenig Freiheit.** Die nicht für sich allein, sondern für **die Zukunft der Gemeinde** ringen.

Befürchtet nicht, daß Ihr mit E schuldigen Kindern die Wohnung räu auf der Straße liegen müßt.

Besäße Herr Seumenicht wirklich die diesem **rohen Akt,** so kennen wir Mittel, e eiteln. Also wartet es ruhig ab, bis Ih werdet und dann kommt zu uns. Aber zieht bevor Ihr eine andere Wohnung habt. Sol nicht das **letzte Urteil** rechtskräftig geworden das kann lange dauern), habt Ihr noch das Ha **Weist jeden hinaus, der Euch belästigt sonst ruft die Polizei als Schutz an** und e Anzeige wegen **Hausfriedensbruch.**

Soweit mußte es kommen. **Wir haben H Seumenicht Brücken gebaut,** die ihn bei willigung unserer Forderung vor jeder Demüt schützten. Wir wollten ihn nicht kränken durch geschrei über den besiegten Feind. Aber er wies und die Bürgerschaft zurück. Er hörte auf die **falsch Ohrenbläser, die ihm schmeicheln und Firma schädigen.** Gut, wir werden zeigen, daß zu kämpfen verstehen.

Arbeiter und Arbeiterfrauen! Alle Zeitung der Welt befassen sich mit unserm Kampf. Die g Welt ist erstaunt über den so jäh und so intensiv gebrochenen Generalstreik. Man ist erstaunt über **Einigkeit** der Arbeiter, Jünglinge und Greise, de Heimat am Belt, am Rhein wie auch im dunkel Osten liegt.

Man stand geradezu vor einem großen Rätsel. kannte uns und die Verhältnisse noch nicht. Das R ist gelöst. Man weiß jetzt wie es war, wie es **Arbeitsbrüder! Die ganze Welt schaut unsern Riesenkampf. Arbeiter und Bürg Die ganze Welt sympathisiert mit uns, o zei wir, daß wir dieser hohen Ehre würdig** Zeigen wir dem internationalen Proletariat, daß wi gebeugt sind und bleiben werden und mit jedem neuen Ma in den Kampf ziehen mit dem herrlichen Schlachtlied

„Ihr ungezählten Millionen
In Schacht und Feld, in Stadt und Land,
Die ihr um kargen Lohn müßt fronen
Und schaffen treu mit fleiß'ger Hand:
Noch seufzt ihr in des Elends Bann,
Vernehmt den Weckruf, schließt euch an!
Aus Qual und Leid euch zu erheben,
Das ist das Ziel, das wir erstreben.

Das ist der Arbeit heil'ger Krieg,
Mit uns das Volk, mit uns der Sieg!

Verlag von M. Studt in Lägerdorf. — Druck von Chr. Haase & Co. in Kiel.

Der Amtsvorsteher verfolgte die im Interesse der Zementfabrikanten liegenden illegalen Praktiken der örtlichen Logiswirte scheinbar eher halbherzig.

In den Arbeiterkasernen begann wegen ihres mangelhaften hygienischen Zustands bald eine *„Läuseplage"* um sich zu greifen[40]. Als auch diese Massenquartiere mit Streikbrechern vollständig belegt waren, wurden auch Männer in Schuten auf dem Breitenburger Schiffahrtskanal untergebracht[41].

Tag für Tag wurden diese Arbeiter *„in Reih und Glied unter polizeilichem Schutze zur Arbeit geführt und auch wieder abgeholt."*[42] Eine Straße, an der eine der Massenunterkünfte lag, war gleichfalls von der Gendarmerie für die Bevölkerung gesperrt worden.

Johann Hinsche verglich die Behandlung dieser Arbeiter mit der von Gefangenen und sah in den Streikbrecheragenten und ihren *„Sicherheitsbeamten" „Menschenhändler"* bzw. eine moderne Form von *„Sklaventreibern"* und schrieb nicht unzutreffend an die Adresse der Streikbrecher: *„Arbeitswillige, wir wollen es Euch sagen, Ihr werdet wie Verbrecher bewacht und transportiert, damit ihr die Wahrheit nicht wissen sollt."*[43]

Neben der Aufklärung über die miserable Lage der „Arbeitswilligen" und ihre Nutznießer, die Agenten, sollte ein moralischer Appell an die „Arbeiterehre" die Streikbrecher zur Solidarisierung mit der streikenden Arbeiterschaft bewegen. Diese Strategie der Streikleitung hatte tatsächlich einigen Erfolg vorzuweisen. Von den Essener Arbeitern nahmen 40 Männer die Arbeit nicht auf, was jedoch nicht zu Unrecht von der Deutschen Arbeitgeberzeitung als eine hinnehmbare Normalität im Arbeitskampf dargestellt wird[44].

In der Berichterstattung der Arbeiterpresse spiegelt sich eine Unsicherheit der Gewerkschaft in Bezug auf die Verankerung eines modernen Arbeiterbewußtseins unter den Streikbrechern wider. Das Verhalten der Streikbrecher wurde oft am Arbeitsethos organisierter Proletarier und an deren Verhaltensmustern in der Freizeit, die in der Realität allerdings keineswegs so einheitlich waren, gemessen und die offensichtlichen Abweichungen als Charakterschwäche der „Arbeitswilligen" fehlgedeutet. Den tradierten Werthaltungen der Streikbrecher, die zum Teil aus einem nicht-proletarischen, eher bäuerlichen Milieu gestammt haben dürften, wurde kaum Verständnis entgegengebracht. „Der Proletarier" stilisiert die „Arbeitswilligen" in übertriebener Weise zum personifizierten Gegenteil eines tüchtigen Werktätigen: *„Die Arbeitswilligen, die da sind, führen ein herrliches Leben; wenn sie abends zur Arbeit gehen, sind schon mindestens ein Viertel betrunken. Sie drehen dann einfach das Licht bei der Arbeit aus und legen sich schlafen."*[45]

Ungeachtet des tendenziösen Charakters dieser Schilderung der „Arbeitswilligen" darf nicht ausgeschlossen werden, daß ein Teil dieser Männer auf Grund ihrer individuellen Arbeitserfahrungen die Anforderungen der strengen Fabrikordnungen an die Arbeitsdisziplin noch nicht ohne weiteres akzeptierte.

Mit dieser These korrespondierend ist möglicherweise auch ihr Widerstand gegen die sie disziplinierenden Kontrolleure einzuordnen. In der Lokalpresse wird berichtet:

[40] LAS Abt. 320 Kreis Steinburg Nr. 1053.
[41] IN vom 22. 5. 1909.
[42] GF vom 30. 4. 1909.
[43] Kreisarchiv Nr. 1031.
[44] DAGZ vom 2. 5. 1909.
[45] *Der Proletarier* vom 22. 5. 1909.

„Arbeitswillige überfielen heute früh einen ihrer Kontrolleure und mißhandelten ihn schwer. Der Kontrolleur gab einen Schuß aus dem Revolver ab und verwundete einen Arbeiter.“[46]

Auch die Auflistung der zahlreichen Straftaten der Streikbrecher, ihr in Schlägereien untereinander zu Tage tretendes mangelndes Gruppenbewußtsein, mehr noch die Bedrohung der öffentlichen Sicherheit und ihre Angriffe auf die als friedlich dargestellten Ausständigen, konnte einer Abgrenzung der kämpfenden Arbeiter von ihren unsolidarischen Kollegen dienen.

Vermutlich in dieser Absicht beschreibt das Gewerkschaftsblatt, wie streikende Arbeiter zwei Streikbrecher im Gespräch in einer Gastwirtschaft *„in vernünftiger Weise“* überzeugen wollten, einer von diesen aber *„seinen Revolver zog und auf die streikenden Arbeiter 3 Schüsse abgab...Ein beherzter Arbeiter, der aber nicht am Streik beteiligt ist, entriß dem Streikbrecher darauf den Revolver, den der Gauleiter* [des Fabrikarbeiterverbands, F. S.] *Schwarz dann der Polizeibehörde aushändigte.“*[47]

Aber nicht erst die Erfahrungen mit einigen die Bevölkerung terrorisierenden Streikbrechern brachten unter den Ausständigen den Wunsch nach geordneten Verhältnissen in der Gemeinde hervor, sondern schon vor dem Eintreffen der fremden Arbeiter hatte sich die Streikleitung dazu entschlossen, zusammen mit der Gendarmerie an der Aufrechterhaltung von Ruhe und Ordnung im Dorf mitzuwirken: *„Trunkene Leute sollen durch die Streikleitung von der Straße entfernt werden“*[48], war in der „Glückstädter Fortuna“ zu lesen. Diese Haltung der Streikführer stellt vielleicht auch eine Ausdrucksform des wachsenden Mitgestaltungswillens der Sozialdemokraten bei der Regelung des Lebens im Dorf dar, der seit 1893 durch die Vertretung der sozialdemokratischen Wähler durch den Gemeindevertreter der 2. Klasse, Hinsche, institutionell sichtbar ist[49].

Justiz und Polizei als Partei im Arbeitskampf

Umso enttäuschter zeigten sich die Gewerkschafter über die ihrem Rechtsverständnis zuwiderlaufende Parteilichkeit der Vollzugsorgane des Obrigkeitsstaats im Verlauf des Lägerdorfer Streiks: *„Obwohl nun eine große Anzahl Polizeibeamte in Lägerdorf stationiert sind, können die Arbeitswilligen doch in der frechsten Weise derartige Roheiten verüben, wohingegen unsern Kollegen, die wegen solcher Roheiten um polizeilichen Schutz nachsuchen, der Schutz verweigert wird.“*[50]

Die Parteinahme der Justiz und der Polizei zugunsten der „Arbeitswilligen“ und damit indirekt auch für deren Arbeitgeber und zu Lasten der Ausständigen war für den Erfolg oder den Mißerfolg von Streiks am Anfang des 20. Jahrhunderts oft entscheidend. Arbeiterkoalitionen und Streiks waren zwar durch die Reichsgewerbeordnung legalisiert worden, doch galten diese Zusammenschlüsse dem Gesetz nicht als schutzwürdig, so daß es jedem Gewerkschaftsmitglied freistand, jederzeit aus der Organisation auszutreten und ohne möglichen Verpflichtungen aus seiner erloschenen Mitgliedschaft gegenüber dem Verband, z. B. etwaige Beitragsrückstände zu begleichen, nachkommen zu müssen. Die Unternehmer hingegen konnten

[46] IN vom 5. 6. 1909.
[47] *Der Proletarier* vom 22, . 5. 1909.
[48] GF vom 27. 4. 1909.
[49] LAS Abt. 320 Kreis Steinburg Nr. 207.
[50] *Der Proletarier* vom 22. 5. 1909.

organisierte Arbeitnehmer wegen deren Verbandszugehörigkeit ungestraft entlassen[51].

Mit dem auch im Lägerdorfer „Generalstreik" zur Anwendung gebrachten § 153 der Reichsgewerbeordnung wurde den „Arbeitswilligen" dagegen eine „negative Koalitionsfreiheit" gewährt, deren Verletzung durch die Streikenden als Ehrverletzung, Drohung, Nötigung etc. sanktioniert wurde[52].

Zwei Zementarbeiter hatten sich eine Bahnsteigkarte für die Station Dauenhof gekauft und „beleidigten" die dort eingetroffenen, meist polnischen Streikbrecher, indem sie ihnen zuriefen: *„Jetzt kommen die Bambusen aus den Hamburger Kaschemmen, die die Lägerdorfer Herren herausreißen sollen. Ihr seid die reinen Sklaven, so behandelt man Gefangene und keine freien Arbeiter."* Der Werkmeister Prüß, der, wie fast alle Meister, im Streik auf der Seite seines Arbeitgebers stand, erklärte in einer Gerichtsverhandlung den angeblich beleidigenden Charakter der oben angeführten Zurufe *„aus den Mienen der Angeklagten"*. Daraufhin wurden diese zu einer Woche bzw. 2 Tagen Gefängnishaft verurteilt[53].

Eine Schankwirtin, die einige Arbeiter mit dem Ausdruck „Streikbrecher" belegte, wurde zu einer Geldstrafe in Höhe von 25 Mark oder 5 Tagen Haft verurteilt, weil das Gericht die korrekte Bezeichnung der Funktion der fremden Arbeiter als ehrrührig für Arbeiter erachtete.

Ein anderer Arbeiter machte sich *„Groben Unfugs"* schuldig, indem er einer Streikbrecherkolonne *„Streik"* entgegenrief. Eine Arbeiterfrau, die in der Öffentlichkeit einen Vers eines während des Streiks verfaßten Spottgedichts auf den Breitenburger Fabrikdirektor (*„Ernst Seumenicht, Ernst Seumenicht, was du versprichst, das hältst du nicht."*) wiedergab, sollte ebenso wegen Verstoßes gegen den § 360 Abs. 11 StGB (*„Grober Unfug"*) angeklagt werden. Direktor Seumenicht verzichtete indes darauf, einen Strafantrag zu stellen[54].

Ein Verbot wohl vorausahnend hatte ein anderer Arbeiter ohne Genehmigung der Polizei Flugblätter verteilt und damit gegen das Preußische Pressegesetz verstoßen. Das Itzehoer Schöffengesetz setzte das Strafmaß auf eine Geldstrafe von 3 Mk. oder einen Tag Haft fest[55].

Um eine solche Kriminalisierung von Streikenden zu vermeiden, hatten die Arbeiterführer *„vor jeder Belästigung Arbeitswilliger aufs dringendste abgeraten."* [56] Manche Ausständige verstanden diese rationalen Streikführer noch nicht und schufen mit ihren mehr emotional geleiteten Angriffen auf Streikbrecher für die Polizei Anlässe, in den Arbeitskampf direkt einzugreifen. Auch die praktizierte Illusion, durch Sabotage an Betriebseinrichtungen die Firma Breitenburg-Holstein zum Einlenken zu zwingen, mußte eine Strafverfolgung nach sich ziehen[57].

Die Erfahrungen der Streikenden mit den „Arbeitswilligen" weisen wenigstens zwei Seiten auf: Erstens war ihr produktiver Einsatz für den Arbeitgeber von entscheidender ökonomischer Bedeutung. Daher konnte bei den arbeitskämpfenden Kollegen der Eindruck entstehen, die Streikbrecher wären, weil Gegner im Arbeitskampf, überhaupt keine „Klassenbrüder". Zweitens

[51] vgl. Saul, Klaus, Gewerkschaften zwischen Repression und Integration. Staat und Arbeitskampf im Kaiserreich 1884-1914, in: Mommsen, Wolfgang J. und Husung, Hans-Gerhard (Hrsg.), Auf dem Weg zur Massengewerkschaft. Die Entwicklung der Gewerkschaften in Deutschland und Großbritannien 1880-1914, Stuttgart 1984, S. 447.

[52] vgl. Saul, Staat, Industrie und Arbeiterbewegung, S. 211.

[53] SHVZ vom 25. 9. 1909.

[54] Kreisarchiv Nr. 1031.
Zur extensiven Auslegung des § 360 Abs. 11 StGB gegen streikende Arbeiter, vgl. Frey, Erich M., Strike und Strafrecht, Heidelberg 1906, S. 86 ff.

[55] NK vom 5. 6. 1909.

[56] NK vom 1. 5. 1909.

[57] LAS Abt. 309 Regierung zu Schleswig Nr. 10734. Es waren „wiederholt Anstrengungen gemacht worden, Seile von Transportbahnen zum Zerreißen zu bringen."

war die „Protektion" der Streikbrecher vor der gewerkschaftlichen Agitation und die geschilderte politische Einäugigkeit der Richter wie auch der Gendarmen geeignet, die Entfremdung der organisierten Arbeiter vom Staat, der die Arbeiterschaft durch die Sozialgesetzgebung auf der anderen Seite auch sozialfriedlich in die Wilhelminische Gesellschaftsordnung integrieren wollte, zu fördern.[58]

Während die ungebrochene Zufuhr von Streikbrechertrupps das Mittel der gemeinsamen Arbeitsverweigerung in Frage stellte, setzten die bestreikten Firmen ihre „Wohlfahrtseinrichtungen", nämlich die mietfreien Werkswohnungen, als Erpressungsmittel gegen die am Arbeitskampf beteiligten Arbeiterfamilien gezielt ein[59].

Die Fabriken konnten bei einem sinkenden Arbeitskräftebedarf oder im Falle der Unzufriedenheit mit „aufsässigen" Arbeitern diesen (in Lägerdorf mit einer Frist von zwei Wochen) den Mietkontrakt kündigen. Die die Zementwerke bestreikenden *„Inhaber von Fabrikarbeiterwohnungen wurden von Angestellten der Fabriken unter polizeilichem Schutze in ihren Wohnungen aufgesucht und zur Wiederaufnahme der Arbeit aufgefordert."*[60] Nachdem nur wenige, diese wohl angesichts des drohenden gleichzeitigen Verlusts von Arbeitsplatz und Wohnung, der Aufforderung nachkamen, wurde der Mehrzahl der Wohnungsinhaber die Kündigung des Mietverhältnisses ausgesprochen.

Während der Itzehoer Gewerbeinspektor die Errichtung dieser *„Wohlfahrtseinrichtungen"* als *„zwecklos"* ansah und der Firma Breitenburg ein *„Fiasko"* bescheinigte, weil auch durch diese *„Wohltat"* die *„von der Sozialdemokratie verseuchten Arbeiter"*[61] nicht diszipliniert worden waren, stellten die Wohnungskündigungen realiter die Solidarität der Streikenden auf eine ernste Probe.

Nachdem die Mieter auf dem von den Arbeiterführern empfohlenen Rechtsweg lediglich den Räumungstermin hatten hinauszögern können, standen die Arbeiterfamilien vor der Alternative, in die Armenhäuser der Umgegend zu ziehen oder in der mit den Streikenden sympathisierenden Bevölkerung um Solidarität zu bitten.

Tatsächlich gelang es der Streikleitung am Himmelfahrtstag mit einem organisierten Umzug aller betroffenen Familien in Privatquartiere am Ort, einer Zwangsräumung der Wohnungen durch die Gendarmerie zuvorzukommen. Nicht ohne Stolz kommentierte Hinsche im *Proletarier* diese Leistung proletarischer Selbsthilfe und betont, daß das Angebot der Armenverwaltungen nicht in Anspruch genommen werden mußte[62]. Offenbar legte er Wert darauf, daß Arbeiter keine Almosenempfänger sein wollten.

Diese Strategie, einen Teil der kämpfenden Arbeiter unter einen besonderen Druck zu setzen, scheiterte also an der Geschlossenheit der Breitenburger Belegschaft.

Die Beendung des Arbeitskampfes

Als sich auch in der vierten Woche des Arbeitskampfs weder die Fabriken noch die Arbeiter geschlagen geben wollten, einigten sich die Verhandlungsführer beider Seiten auf einen

[58] Vgl. Saul, Staat, Industrie und Arbeiterbewegung, S. 265.

[59] Der Fabrikwohnungsbau, besonders nach der nationalen Streikwelle von 1904 und 1905, speiste sich keineswegs aus paternalistischen Gefühlen der Arbeitgeber, sondern war erstens eine Reaktion auf den Arbeitsmarkt und zweitens auf die wachsende Arbeiterbewegung. Vgl. hierzu: Geary, Dick, Arbeiter und Unternehmer im deutschen Kaiserreich, in: Abelshauser, Werner (Hrsg.), Konflikt und Kooperation. Strategien europäischer Gewerkschaften im 20. Jahrhundert, Essen 1988, S. 147 f.

[60] GF vom 27. 4. 1909.

[61] LAS Abt. 309 Regierung zu Schleswig Nr. 10734.

[62] *Der Proletarier* vom 5. 6. 1909.

Foto folgende Seite:
Portrait von August Brey (1864-1937), Schuhmacher, Vorsitzender des Fabrikarbeiterverbandes von 1890 bis 1931, Mitglied des Reichstags (SPD) von 1906 bis 1932.

Kompromiß, der auch der Arbeiterschaft mehrheitlich akzeptabel erschien. Er beinhaltete, daß den Arbeitern in den Wintermonaten künftig ein Mindestlohn von 3 Mark täglich zustehen sollte.

Nachdem jedoch Seumenicht Hinsche gegenüber kundtat, *„die Arbeiter, Vorarbeiter usw. könnten nur solche Stellen einnehmen, die nicht durch Arbeitswillige besetzt seien. Er habe sich Maßregeln, wonach verschiedene Personen nicht wieder eingestellt würden, vorbehalten"*, setzten die Arbeiter den Streik fort[63].

Erst 2 1/2 Wochen später trat dieser Arbeitskonflikt in seine entscheidende Phase. August Brey hatte als Vertreter des Gewerkschaftsvorstands, der allein über die Genehmigung und Aufhebung von Streiks zu entscheiden hatte, der Breitenburger Direktion die Aufnahme der Arbeit unter folgenden von Seumenicht als tragbar empfundenen Bedingungen in Aussicht gestellt: Den Schlemmladern und Pressenleuten war ein Mindesttagelohn von 3.20 Mark bzw. 3 Mark im Winter zu garantieren. Vorarbeiter und Maschinisten sollten wieder auf ihren alten Posten arbeiten dürfen. *„Bezüglich der Wiederbeziehung* [der Werkswohnungen, F. S.] *solle von Fall zu Fall entschieden werden...Alle Arbeiter sollen wieder eingestellt werden bis auf drei, die sich besonderer Vergehen gegen die Fabrik, wie Hausfriedensbruch, schuldig gemacht haben."*[64]

Auf einer der vorgesehenen Urabstimmung vorausgegangenen Versammlung vertrat Brey den Standpunkt, *„daß der Ausstand auf totes Gleis komme, wenn seine Beendigung nicht beschlossen würde."*[65] Allerdings hatte der Gewerkschaftsvorsitzende den Ausstand, wie er später öffentlich eingestand, schon lange vorher vom Interesse des Verbands aus betrachtet für untauglich erachtet. Den Lägerdorfer Gewerkschaftsvertretern war in einem Schreiben eines Funktionärs der Verbandsspitze mitgeteilt worden: *„Wenn der Streik eine Woche gedauert hat, ist er aufzuheben, wenn er zwei Wochen dauert, ist er verloren."* Brey wollte dies als Kritik an Streiks, die *„impulsiv, ohne jede Vorbereitung, ohne ausgebaute Organisation ausbrechen"*[66], verstanden wissen.

Dementsprechend versuchte Brey, in schriftlich geführten Verhandlungen mit der Breitenburger Direktion und dem Vertreter des Arbeitgeberverbands zu einer einvernehmlichen Regelung des Arbeitskonflikts zu gelangen. Dieses Konzept der Rationalisierung des Konflikts durch Organisation[67] mißbilligend, kritisierten Hinsche und ein großer Teil der Streikenden das unbefriedigende Verhandlungsergebnis wie auch Breys *„Friedenswerben ohne Wissen der Streikenden."*[68] Hinsche rechtfertigte wochenlange Streiks als Notwendigkeit im Stadium eines organisierten Kapitalismus: *„Je mehr der Kapitalismus sich vereinigt, je mehr sind Streiks als Eintagsfliegen unmöglich, je mehr muß man mit Dauerstreiks rechnen."*

Hinsche glaubte an eine Signalwirkung des Streiks auf die Zementarbeiter in Brunsbüttel und Uetersen. Ferner vertrat er die Ansicht, daß die in dem siebenwöchigen Arbeitskampf erbrachten Opfer der Lägerdorfer Arbeiterschaft eine Streikfort-

[63] *Der Proletarier* vom 29. 5. 1909.
[64] *Der Proletarier* vom 12. 6. 1909.
[65] Ebenda.
[66] *Der Proletarier* vom 24. 7. 1909. Vor dem Hintergrund des zunehmenden Interesses der hauptamtlichen Funktionäre, den Bestand der Organisation nicht durch unkalkulierbare Arbeitskämpfe gefährden zu lassen, erscheint ihre Forderung nach mehr Selbstdisziplin ihrer streikbereiten Mitgliedschaft verständlich. Zudem sprach die Erfolgsbilanz der kampflosen Bewegungen einerseits und der Arbeitskämpfe andererseits im letzten Jahrzehnt vor dem Ersten Weltkrieg für die Strategie der Verbandsführungen, durch Verhandlungen und den Ausbau der Organisation die Lage ihrer Mitglieder verbessern zu wollen. Vgl. hierzu Machtan, Lothar, *„Es war ein wundervolles Gefühl, daß man nicht allein war."*. Streik als Hoffnung und Erfahrung, in: Ruppert, Wofgang (Hrsg.), Die Arbeiter. Lebensformen, Alltag und Kultur von der Frühindustrialisierung bis zum *„Wirtschaftswunder"*, München 1986, S. 266.
[67] Vgl. Volkmann, Heinrich, Modernisierung des Arbeitskampfs? Zum Formwandel von Streiks und Aussperrungen in Deutschland 1864-1975, in: Probleme der Modernisierung, Kaelble, Hartmut u. a. (Hrsg.), Opladen 1978, S. 122.
[68] *Der Proletarier* vom 24. 7. 1909.

setzung rechtfertigen müßten. Er betonte die Solidarität der einheimischen Arbeiter mit den aus den Ostprovinzen zugereisten Kollegen und wollte eine genaue Anwendung des Streikreglements in dieser Situation nicht gelten lassen: *„Mitten im heißen Kampf könne die Frage, wie lange jemand organisiert sei, nicht in Frage kommen, sondern die Frage, können wir durch Einigkeit etwas erreichen?"*

Auch wenn es August Brey im „Proletarier" bestritt[69], so scheint er doch für den Fall einer Fortführung des Arbeitskampfs *„mit Entziehung der Unterstützung und mit einem ‚Klemmzug' (wie der Ortsbeamte usw. sagte)"* gedroht zu haben[70]. Die Mehrheit der Streikleitung billigte wohl eher notgedrungen den Standpunkt Breys, den Streik abzubrechen.

Hinsche begründete seine optimistische Sicht der Situation der Streikenden hauptsächlich mit der Geschlossenheit der Arbeiter und der Annahme, *„daß die organisierten Gelben aus Essen im Begriff standen, den Ort zu verlassen."*[71] Ein weiterer Streikbrechertransport war allerdings bereits auf dem Weg zum Streikort.

Hinsche hatte ein Gespür für die Stimmung in der Belegschaft und sprach die Hoffnungen und den Stolz vieler Arbeiter an, um sie zum Durchhalten im Arbeitskampf zu ermutigen: *„Und wenn 700 Streikbrecher in dem Betriebe sind, so können diese immer noch nicht die Arbeiten machen, welche die Streikenden verrichtet haben."*[72] Allein die Fakten sprachen gegen die Richtigkeit dieser Prognose: Die Rationalisierungen in den Zementfabriken und die fortschreitende Arbeitsteilung im Betrieb erlaubten ein rasches Anlernen von Arbeitskräften mit geringer Qualifikation[73].

In der Urabstimmung verfehlten die Befürworter einer Fortsetzung des Streiks eine 3/4-Mehrheit, die statutengemäß zwingend gewesen wäre, nur knapp. Insgesamt votierten lediglich 77 der auf der Versammlung anwesenden Stimmberechtigten für die Aufhebung des Streiks. Die unterlegenen Arbeiter wollten jedoch das Ergebnis nicht hinnehmen, weil sie es für manipuliert hielten.

Hinsche kritisierte unter anderem, daß die Mitglieder der Streikleitung, die in Opposition zu Brey in der Frage der Opportunität dieses Arbeitskampfs standen, auf der Versammlung *„zum Schweigen gebracht"*[74] worden seien.

Schon bei Ausbruch des Streiks hatte der Hauptvorstand des Fabrikarbeiterverbands den Einfluß des Sozialistenführers Hinsche auf die Streikleitung, wohl wegen bekannter politischer Differenzen, versucht einzuschränken. Brey: *„Der Vorstand hat gegen seine* [Johann Hinsches, F. S.] *Installierung als Streikleiter Einspruch erhoben, dazu war er aus sachlichen und finanziellen Gründen berechtigt."*[75]

Als Kolporteur, der die Arbeiterschaft auf Versammlungen über den Stand des Arbeitskampfs unterrichtete, als Organisator des Umzugs der obdachlos gemachten Arbeiterfamilien und als Rechtsberater von Streikenden, konnte er aber von ihnen als einer der Streikführer angesehen werden.

Eine vor der Abstimmung schriftlich eingereichte Bitte eines

[69] Hinsches und Breys Stellungnahmen sind im *Proletarier* vom 10. 7. 1909 ausführlich dokumentiert.

[70] *Der Proletarier* vom 24. 7. 1909. Diese Darstellung von Breys Rolle in dieser Phase des Arbeitskampfs kann sich sowohl auf die Berichte innergewerkschaftlicher Gegner als auch auf spätere Erklärungen des dem Vorstand gegenüber loyalen Streikleiters und auf die amtliche Streik-Nachweisung sowie auf Meldungen der bürgerlichen Presse stützen. Siehe u. a. *Der Proletarier* vom 10. und 24. 7. 1909 SHVZ vom 10. 7. 1909 LAS Abt. 309 Regierung zu Schleswig Nr. 10734 IN vom 8. 6. 1909

[71] *Der Proletarier* vom 24. 7. 1909. Unter „gelben" Gewerkschaften verstand man ursprünglich die in den ersten Jahren des 20. Jahrhunderts gegründeten wirtschaftsfriedlich-nationalen Werkvereine. Von sozialdemokratischen Gewerkschaftern, wie hier Hinsche, wurde „gelb" auch zum Schimpfwort für Streikbrecher und Streikbrecherorganisationen. Zur „gelben" Gewerkschaftsbewegung vgl. besonders: Mattheier, Klaus, Die Gelben. Nationale Arbeiter zwischen Wirtschaftsfrieden und Streik, Düsseldorf 1973.

[72] *Der Proletarier* vom 10. 7. 1909.

[73] Zum technischen Stand der deutschen Zementindustrie , vgl. Kaiser, Karl, Die technische Entwicklung der Portland-Zementindustrie, Frankfurt/Main 1923.

[74] *Der Proletarier* vom 24. 7. 1909.

[75] *Der Proletarier* vom 10. 7. 1909.

Arbeiters, Hinsche noch einmal die Gelegenheit zu geben, seine Position zu verdeutlichen, wurde jedoch vom Streikleiter Max Studt ignoriert.

Weiterhin wurde das Abstimmungsergebnis als inkorrekt betrachtet, weil das Votum der Streikposten nicht eingeholt worden war. Trotzdem widersetzte sich Brey dem Wunsch der Majorität der Teilnehmer der Streikversammlung, die Abstimmung zu wiederholen.

Dennoch fand am nächsten Tag eine Wiederholung der Urabstimmung statt, an der teilzunehmen sich der Verbandsvorsitzende weigerte, vielleicht weil er ihre Bedeutungslosigkeit demonstrieren wollte, möglicherweise aber auch, um sich nicht der „Volkswut" gegen ihn, vor der Hinsche den Verbandsvorsitzenden geschützt haben wollte, auszusetzen.

Während Hinsche das zweite Abstimmungsergebnis als Sieg für seine Sache ansah, behaupteten seine Kontrahenten, daß 7 Stimmen zur Erreichung der qualifizierten Mehrheit fehlten. *„Es folgten die Ausbrüche der Aufregung wie am Tage vorher!"*[76], beschreibt der „Proletarier" die Proteste der sich betrogen fühlenden Zementarbeiter. Damit war die Führung des Arbeitskampfs von Seiten der unterlegenen Arbeiter beendet.

Die Arbeitgeber setzten den Arbeitskampf nach seiner eigentlichen Beendigung jedoch im Gefühl ihrer Stärke fort, indem sie entgegen ihrer Ankündigung[77] nicht alle der 300 im Dorf noch verbliebenen, 7 Wochen zuvor in den Streik getretenen Belegschaftsangehörigen wieder einstellten. Um diese Arbeiter für ihre Gehorsamsverweigerung zu bestrafen, setzten die beiden den lokalen Arbeitsmarkt beherrschenden Zementunternehmen Alsen und Breitenburg-Holstein ihre ökonomische Potenz ein.

Die *Schleswig-Holsteinische Volkszeitung* wollte in Erfahrung gebracht haben, *„Herr Seumenicht habe Herrn Schröder* [Direktor der Alsenschen Portland-Cement-Fabriken, F. S.] *auf den Zahn gefühlt, indem er sagte, jetzt nach dem Streik würden wohl viele der alten Arbeiter zu Alsens gehen und diese so der Firma Breitenburg-Holstein die besten Arbeiter wegfischen. Darauf habe Herr Schröder den Befehl erteilt, keine solchen Arbeiter aufzunehmen."*[78]

Einigen der Breitenburger Fabrik nur begrenzt zuverlässig erschienenen Angestellten und deren Frauen wurde der Verkehr mit der Familie Hinsche strengstens verboten[79]. Das Unternehmen machte also auch für den Freizeitbereich seine Forderung nach absoluter Subordination der Beschäftigten unter die Interessen des Arbeitgebers geltend.

Den Aktionären der BPCF gegenüber erklärte die Verwaltung die Personaleinsparungen durch die Einführung wirtschaftlich arbeitender Drehöfen auch als Prophylaxe gegen eine mögliche Abhängigkeit von einer potentiell illoyalen Belegschaft[80].

Noch 1913, als die Firma Breitenburg-Holstein ihre Werkswohnungen nicht mehr mietfrei für die Zeit der Beschäftigung Arbeitern und deren Familienangehörigen überlassen wollte, sondern einen jährlichen Mietzins von 60-70 Mark verlangte,

[76] *Der Proletarier* vom 12. 6. 1909.
[77] DAGZ vom 13. 6. 1909.
[78] SHVZ vom 1. 7. 1909.
[79] SHVZ vom 3. 7. 1909.
[80] Geschäftsbericht der Breitenburger-Portland-Cement-Fabrik für 1909, Hamburg 1910.

wurde dieser Schritt mit der Schädigung des Unternehmens durch den „Generalstreik" von 1909 begründet[81].

Die Maßregelungen und die Mißachtung von Arbeitnehmerinteressen im Betrieb, in besonderem Maße in der Firma Breitenburg-Holstein, in einer weniger ausgeprägten Form und durch die umfangreichen Einrichtungen der betrieblichen Sozialfürsorge kaschiert auch im Betrieb der Firma Alsen, zeitigten jedoch nicht den erwünschten Erfolg, das Rad der Geschichte zurückzudrehen. Die sozialistische Arbeiterbewegung war in der Gemeinde Lägerdorf etabliert und genoß die Sympathie großer Teile der Bevölkerung[82].

Es erscheint durchaus vorstellbar, daß dieser Arbeitskampf in der ortsansässigen Arbeiterschaft, in unterschiedlicher Weise, als *„lebensgeschichtliche Erfahrung"*[83] das politische Bewußtsein entscheidend beeinflußte und in Verbindung mit anderen Einflußfaktoren sich auch in der Differenzierung in der Lägerdorfer Sozialdemokratie bereits vor dem Ersten Weltkrieg niederschlug.

Der vom Hauptvorstand der Gewerkschaft befürwortete Streikabbruch im Juni 1909 und die sich anschließenden Maßregelungen mögen die mit Hinsches Standpunkt im Arbeitskampf sympathisierenden Teile der sozialdemokratischen Arbeiterschaft des Orts in ihrer Konfrontationshaltung gegen das ihre krasse Benachteiligung in der Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung des späten Kaiserreichs bestätigt haben[84].

In den folgenden Jahren werden die Mechanismen von positiver und negativer Integration der Arbeiterschaft auf ihre Disposition zu den Strategien einer Kooperation oder Konfrontation im Betrieb und im politischen Leben in der Gemeinde Wirkungen hinterlassen haben.[85] In welcher Weise sich der Riß in der sozialistischen Arbeiterbewegung des Orts, der in den 20 er und 30er Jahren ihre Geschichte wesentlich bestimmen sollte, bereits im Jahrzehnt vor dem Ersten Weltkrieg angelegt war und in welchem Umfang die Erfahrungen im Streik von 1909 im besonderen das Bewußtsein von Teilen der Zementarbeiterschaft Lägerdorfs zu prägen vermochte, wird allerdings wahrscheinlich mit letzter Sicherheit nicht rekonstruiert werden können.

[81] Jahresberichte der Königlich-Preussischen Regierungs- und Gewerberäthe und Bergbehörden für 1913, Berlin 1914, S. 283.

[82] In ihrer Ausgabe vom 5. 3. 1907 berichtet die SHVZ bereits von ca.1.000 Mitgliedern in den Arbeiterorganisationen Lägerdorfs.

[83] Vgl. Machtan, S. 259.

[84] Als erste Reaktion auf die als ein „Abschlachten" verstandene, vom Vorstand empfohlene Kapitulation der Streikenden enthob eine Mehrheit der Lägerdorfer Gewerkschafter den ehemaligen Streikleiter und Bevollmächtigten der Zahlstelle des Fabrikarbeiterverbands wegen seines angeblichen Paktierens mit August Brey seines Amtes. Die Entlassung Max Studts mußte allerdings, nachdem die übrigen Revisoren und Bevollmächtigte ihre Ämter aus Protest niedergelegt hatten, auf der folgenden Arbeiterversammlung zurückgenommen werden. SHVZ vom 18. 7. 1909 und *Der Proletarier* vom 31. 7. 1909.

[85] Zur Diskussion über die Bedeutung einer positiven und negativen Integration der Arbeiterschaft in die Wilhelminische Gesellschaft, vgl. Grebing, Helga, Sozialer Protest, S. 126 ff.